

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.



**Erchein**  
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonn-  
abend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonne-  
mentspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich  
der Beilage „Hof und Scholle“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.  
Telegraphisch-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27

**Anzeigen**  
werden die sechs-spaltige 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren  
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wieder-  
holung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf.  
Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung  
ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main  
Nr. 20771.  
Annahmehgebühr für Inseraten und Auktions beträgt 15 Pf.  
Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 17. Dienstag, den 7. Februar 1928. 21. Jahrgang.

Ein schönes Alter ist des Lebens Krone;  
nur dem, der sie verdient, wird sie zum  
Lohne:  
Wer lange trug des Lebens schwere Bürde  
und alt sein Haupt noch aufrecht hält mit  
Würde,  
gibt dadurch Zeugnis, daß er seinem Leben  
von Jugend an den rechten Halt gegeben.

## Mietrechtsfragen im Reichstag.

Nach kurzer Unterbrechung nahm der Reichstag  
am Dienstag seine Plenarberatungen wieder auf. Auf  
die Fortsetzung der Haushaltsdebatte wurde verzichtet,  
um zunächst die dringliche Frage der Verlänge-  
rung des Mietrechtsgesetzes zu entscheiden.  
Am 31. Dezember hätte die Entscheidung bereits vor Weichnachten  
erfolgen müssen, weil das geltende Ge-  
setz am 31. Dezember seine Gültigkeit verlor. Da  
eine Einigung über die im Zusammenhang mit der  
Verlängerung des Mietrechtsgesetzes geplanten Ab-  
änderungen der Vorlage jedoch längere Zeit erfor-  
dert, befaß man sich damit, das Mietrechtsgesetz  
zunächst einmal unverändert bis zum 15. Februar  
zu verlängern. In der Zwischenzeit haben neue Be-  
ratungen stattgefunden, und schließlich konnte auch der  
Wohnungsausschuß des Reichstags die zweite Lesung  
der Vorlage beenden, so daß nunmehr die Vollver-  
sammlung des Reichstags ihrerseits abschließend Stel-  
lung nehmen kann.

Die Grundlage der Beratungen bildet der von der  
Reichsregierung eingereichte Entwurf, nach dem das  
Mietrechtsgesetz bis zum 1. Juli 1929 verlängert  
und so abgeändert werden sollte, daß das Eigentums-  
recht des Hausbesitzers wieder mehr in den Vorder-  
grund trat. Bisher hatte die Lösung eines Miet-  
verhältnisses bekanntlich die Einreichung einer Miet-  
aufhebungsanzeige zur Voraussetzung. Der Entwurf der  
Reichsregierung stellt jedoch das Kündigungsrecht  
des Vermieters grundsätzlich wieder her, in dem der  
Vermieter für die Fälle, in denen er nach den Bestim-  
mungen des alten Mietrechtsgesetzes zur Einreichung  
einer Mietaufhebungsanzeige berechtigt ist, ein Kün-  
digungsrecht erhält. Für den Fall, daß der Mieter  
gegen die Kündigung Widerspruch erhebt, sieht die  
Reichsregierungsvorlage ein Sühne- und Vergleichsver-  
fahren vor.

Im Ausschuss lebten Sozialdemokraten  
und Demokraten die Vorlage ab. Von sozialdemo-  
kratischer Seite wurde die Notwendigkeit für eine  
Änderung des Mietrechtsgesetzes bestritten. Man  
musste noch auf Jahre hinaus mit einer Wohnungsnot  
rechnen, auch sei die Beurteilung des Mietrechtes im  
Allgemeinen veraltet, der Reichstag müsse  
daher ein neues soziales Mietrecht schaffen. Die  
Demokraten sprachen sich grundsätzlich für die Wieder-  
herstellung der freien Wohnungswirtschaft aus und er-  
klärten, der Streit gehe ja schließlich auch nur um  
den Zeitpunkt ihrer Wiedereinführung. Im die Not-  
wendigkeit eines stärkeren Mietrechtsgesetzes würde man  
überhaupt nicht herkommen. Die wirtschaftliche  
Bereitstellung der freien Wohnungswirtschaft und  
Wohnungsregulierung. Die übrigen Parteien sprachen  
sich grundsätzlich für die schrittweise Wiederherstellung  
der freien Wohnungswirtschaft aus, lehnten ein neues  
soziales Mietrecht grundsätzlich nicht ab, erklärten es  
jedoch für unangebracht, in Notzeiten Dauergesetze zu  
schaffen.

Im übrigen sprach sich der Ausschuss mit großer  
Lebhaftigkeit für die Verlängerung und Abände-  
rung des geltenden Mietrechtsgesetzes aus. Im ein-  
zelnen brachten die Beschlüsse des Ausschusses manche  
Verbesserungen der Regierungsvorlage, auch ging der  
Wohnungsausschuß insofern über den Entwurf der  
Reichsregierung hinaus, als er sich für eine Verlänge-  
rung des Mietrechtsgesetzes bis zum 31. März 1930  
aussprach. Weitere Änderungen des Regierungsent-  
wurfs bestehen darin, daß das Kündigungsrecht  
des Vermieters nach den Ausschussbeschlüssen beim  
Kündigungsrecht zur Zustellung an den Mieter einzu-  
rechnen ist. Für das Kündigungsrecht ist ein Vor-  
druck zu verwenden, dessen Inhalt von der Reichs-

regierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat und  
einem Reichstagsausschuß zu bestimmen ist. Gleich-  
zeitig mit dem Kündigungsrecht ist dem Mieter  
eine Mitteilung zu übersenden, die ihn über das Recht  
des Einspruchs belehrt. Kündigungsrecht, die den  
Vorschriften im entsprechenden, sind vom Amtsgericht  
zurückzuweisen. Bei Kündigungen, die sich auf  
einen Zahlungsverzug des Mieters stützen, ist den  
Fürsorgebehörden Mitteilung zu machen. Der Mieter  
kann gegen die Kündigung schriftlich oder zu Proto-  
koll der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Widerspruch  
erheben. Die Frist für den Einspruch sollte nach der  
Regierungsvorlage acht Tage betragen, wurde jedoch  
vom Ausschuss auf zwei Wochen verlängert. Die Kos-  
tenfrage sollte nach dem Regierungsentwurf vom  
Amtsgericht nach billigen Ermessen entschieden wer-  
den. Der Ausschuss hat diese Bestimmung gestrichelt  
und bestimmt, daß jede Partei ihre außergerichtlichen  
Kosten selbst trägt, während die Gerichtskosten nieder-  
geschlagen werden!

Zunächst handelt es sich hierbei noch um Ausschuss-  
beschlüsse, über die jetzt das Reichstagsplenum ent-  
scheidungsfähig ist. Im allgemeinen dürfte jedoch  
die Mehrheit des Reichstags die Vorlage in ihrer  
neuen Form billigen. In den Kreisen der Mieter ist  
man über die Veränderungen zugunsten der Vermieter  
nicht erfreut, während die Hausbesitzer das Kün-  
digungsverfahren reichlich kompliziert finden und sich  
wenig davon versprechen. Was die Befürchtung be-  
trifft, die Neuregelung werde ein neues Anschwel-  
len der Klagen zur Folge haben, glaubt die Reichs-  
regierung diese Besorgnis nicht teilen zu können. Sie  
verweist auf ihre Kundfrage an die Länderregierungen,  
nach der die bisher vorgenommenen Erleichterungen  
der Mietaufhebung im allgemeinen keine erhebliche Zu-  
nahme der Aufhebungsanzeigen gebracht haben. Abri-  
genz seien von Mietaufhebungsanzeigen in Preußen in  
der Zeit vom 15. Januar 1927 bis zum 15. April  
75,5 Prozent, in Bayern 66 Prozent und in Sachsen  
28 Prozent durch Klagenabweisung oder Vergleich  
erledigt worden.

## Die Anklage gegen Barmat.

Der letzte Akt des Niezenprozesses. — Die Plaidoyers  
der Staatsanwälte.

Nach mehr als einjähriger Verhandlungsdauer  
nahm am Montag der letzte Akt des Barmat-Prozesses  
seinen Anfang. Während der Zwischenraum und die  
Pressespiele in den letzten Monaten fast völlig ver-  
swunden waren, hatte der Beginn der Plaidoyers das In-  
teresse der Öffentlichkeit neu belebt. Auch die Anklage-  
bank war wieder voll besetzt, da sich mit zwei Ausnah-  
men sämtliche Angeklagte mit ihren Anwälten einge-  
funden hatten.

Die erste Anklage  
hieß der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft Dr.  
Trautmann. Dr. Trautmann wies auf die mit  
Recht vielfach kritisierte lange Dauer des Prozesses hin  
und betonte, daß die monatelangen Verhandlungen in  
Kauf genommen werden müssen, weil es einer gewis-  
senhaften Kritik der Zusammenhänge bedürfe.  
Wenn auch die Parlamente sich in besonderen Ausfüh-  
ren mit der Barmat-Affäre befaßt hätten, so könnten  
im Gerichtssaal doch nur die Momente gewertet wer-  
den, denen irreführende Handlungen zugrunde lagen. Wes-  
entliche Gründe seien übrigens auch bei der Einleitung  
des Strafverfahrens nicht vorhanden gewesen.

Der Oberstaatsanwalt gab dann eine  
Schilderung des Hauptangeklagten.  
Der Nimbus eines ungeheuer reichen Mannes, der  
Barmat umgeben habe, sei verschwunden, der Glanz  
seiner Persönlichkeit sei verblasst, der Konzern zer-  
brochen, und Julius Barmat liege heute in seiner  
wahren Gestalt vor uns. Seiner Natur nach sei Bar-  
mat ein ungewöhnlich langer Verfallener und speku-  
lativischer Energie. Er habe die Eigenschaften, andere  
Menschen zu durchschauern und sie seinen Zwecken dien-  
lich zu machen. Er sei ferner von einem grenzenlosen  
Willen nach Macht, Einfluß und Geld besetzt  
gewesen und habe alles, was in seiner Macht stand, ge-  
tan, um diesen Götzen Geltung zu verschaffen. Da-  
bei habe er sowohl die Kriegskonjunktur wie die In-  
flations- und Deflationskonjunktur zu benutzen ver-  
standen. In dieser Eigenschaft sei  
der Schlüssel zum Barmatproblem  
zu finden. Die Steuerbehörde habe Barmat mit 100  
Goldmillionen veranlagt, während er in Wirklich-

keit nur 844 000 Gulden im Besitz gehabt habe! Bar-  
mat habe durch Ausgabe von Leihkapital Einfluß auf  
die Industrie erlangen wollen. Er habe fremdes Ka-  
pital für das er 15 oder 20 Proz. Jahreszinsen  
gezahlt habe, zu 126 Proz. ausgeliehen, und so Ge-  
winne für einen Niezenkonzern gewonnen wollen! Obwohl  
sein Konzern nur verhältnismäßig geringe Mittel ge-  
habt habe, habe er doch 38 Goldmillionen Kredite  
angenommen und hätte noch mehr aufgenommen, wenn  
die Staatsanwaltschaft nicht eingegriffen hätte.

Es sei unzutreffend, wenn die Verteidigung den  
Zusammenbruch des Konzerns auf das Eingreifen der  
Staatsanwaltschaft zurückführe. Die Unternehmungen  
Barmats hätten schon von Anfang an den Todeskeim  
in sich getragen.

Der Zusammenbruch des Konzerns  
sei naturgemäß geworden, als die Staatsbank auf  
die Rückzahlung der Kredite dränge und nur da-  
durch aufzuhalten konnte, daß der verstorbene Reichs-  
postminister Dr. Hölle mit Reichsmitteln in hel-  
fend einsprang und Barmat sich in den Besitz der Ga-  
rantiebank brachte, in der er sich als Gesellschafter unter  
neutraler Flagge selbst verteidigte. Seltener sei das  
Mißverhältnis von eigener wirtschaftlicher Kraft und  
fremder Hilfe größer gewesen, als bei Barmat.

Die zweite Anklage  
hielt Oberstaatsanwalt Dr. Rasch, der ein Bild Bar-  
mats in allen Einzelheiten aufstellen wollte. Im Ge-  
gensatz zu dem ersten Anklagevertreter sprach Dr. Rasch  
Barmat jede Fähigkeit ab, bewerkstelligte Geschäfte durch-  
zuführen. Er habe kurzfristige Kredite aufgenommen  
und diese in langfristige Industrieunternehmungen ge-  
steckt, auch habe er keine Fähigkeit gehabt, sich geeig-  
nete Mitarbeiter auszuwählen. Barmat habe sich öf-  
ters mit Steinen vergewaltigt, aber während Stimmes  
nur dort gekauft habe, wo die Schornsteine rauch-  
ten, habe Barmat meritorische Unternehmungen deswegen  
gekauft, weil sie billig waren.

Die Fortführung der Plaidoyers wird noch meh-  
rere Wochen in Anspruch nehmen, so daß das Urteil  
erst Ende März zu erwarten ist.

## Die Schulpolitik des Zentrums.

Professor Dr. Schreiber über den Simultan-  
Paragrafen. — Eine neue Rede des Abg. Imbusch.

Im Rahmen einer Tagung des westfälischen Zen-  
trums in Hamm behandelte Reichstagsabgeordneter  
Professor Dr. Schreiber das Schicksal des Simultan-  
schulgesetzes und erklärte, der Paragraf über die Gemein-  
schafts- oder Simultan Schule sei in seiner jetzigen Fas-  
sung für das Zentrum absolut unannehmbar. Er schaffe  
zwei verschiedene Rechtsgebiete in Deutschland und er-  
richte in Südwest- und in Mitteldeutschland „kultur-  
politische Enklaven“. Zum Schluß der Tagung kamen  
noch die Führer der christlichen Arbeiterbewegung  
Stegerwald und Imbusch zu Worte, wobei Abg.  
Imbusch ausführlich, er stelle fest, daß die Differen-  
zen in der Partei noch nicht erledigt seien. Seiner  
Auffassung nach habe die Reichsregierung in wirt-  
schaftlichen und sozialen Dingen manchmal eine falsche  
Einstellung vertreten. Bei der Besoldungsord-  
nung hätte man auch die Wirkungen auf den Mit-  
telstand und die Arbeiterklasse berücksichtigen und nicht  
die Forderungen der Arbeiter kurzzerhend ablehnen  
sollen. Die Entschlebung des Reichsparteiausschusses  
des Zentrums vom 29. Januar wurde von der Ver-  
sammlung einstimmig gebilligt.

Vortrag des Reichsanwalters a. D. Dr. Luther.

Düsseldorf, 7. Februar. Der frühere Reichs-  
kanzler Dr. Luther hielt hier einen Vortrag über  
das Verfassungsleben der Gegenwart und betonte da-  
bei, der Bund zur Erneuerung des Reiches wolle die  
verschiedenen Auffassungen über den staatlichen Wieder-  
aufbau zu einem Ganzen vereinigen. Nur von bewußt  
nationaler Grundlage aus könnten wir abernational  
erfolgreich wirken. Erfolg sei jedoch nur dann zu er-  
warten, wenn wir uns grundsätzlich auf Sparfame-  
keit einstellten. Der Staat müsse der Bevölkerung  
mit gutem Beispiel vorangehen!

## Brandenburgs Bedeutung für Berlin.

Die Mark bestreitet 42 Prozent des Güterbedarfs der  
Reichshauptstadt.  
Unzweifelhaft einer von der demokratischen Fraktion  
des brandenburgischen Provinziallandtages verantwort-

ten kommunalpolitischen Tagung im Preussischen Landtag machte Oberbürgermeister Dr. Böhler interessante Angaben über die Bedeutung der Stadt Brandenburg. Danach werden 42 Prozent d. befristeten Reichshauptstadt von Brandenburg denburg zu 48 Proz. von Berlin gedeckt. An Milch verbraucht die Reichshauptstadt täglich 1 Million Liter, von der 76 Prozent von Brandenburg geliefert werden. Im weiteren Verlauf der Tagung referierten Staatssekretär Dr. Abegg über die Auflösung der Gutsbezirke, Dr. Stegemann über Haushaltsfragen und Rechtsanwalt Dr. Meyer-Landberg über die der östlichen Teile der Mark.

## Sindenburg besucht Potsdam.

**Besichtigung des Großen Wasserhauses.**  
In Begleitung seines Sohnes und Adjutanten stattete Reichspräsident von Hindenburg am Montag den Großen Wasserbau in Potsdam — dem früheren Großen Militär-Wasserhaus — einen Besuch ab. Nach einer kurzen Ansprache des preussischen Wohlfahrtsministers Dr. Dierkeser betrat der Reichspräsident den Hof der Anstalt, auf dem die Zöglinge in einem Bereich Aufstellung genommen hatten. Reichspräsident von Hindenburg unternahm alsdann einen Rundgang durch die Ausstellung, besichtigte die Zöglingarbeiten, die Kirche und schließlich auch das Denkmal für die gefallenen ehemaligen Zöglinge. Nach dem Gesang des Liedes „Ich hab' mich ergeben“ richtete der Reichspräsident Worte der Anerkennung an die Kinder und forderte sie auf, in der Treue zum Vaterlande den früheren Generationen nicht nachzuziehen und stets eingedenk zu sein, daß der Gründer der Anstalt, der Soldatenkönig, uns eiserne Pflichten eingeprägt habe.



Reichstagsabgeordneter Dr. Nisch, der auf dem Duisburger Hauptbahnhof einen Schlaganfall erlitt und, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb.

## Bölkerbundsumzug nach Wien? Verendliche Gerüchte. — Deutschlands ablehnende Haltung.

In den letzten Monaten tauchten in der ausländischen Presse wiederholt Meldungen auf, die von einem Umzug des Bölkerbundes von Genf nach Wien sprachen. Als Grund wurde angeführt, Genf habe viele Mängel, es fehle an ausreichenden Unterlunftsräumen, die Telefonverbindungen seien schlecht, die Schweiz mache Schwierigkeiten und schließlich sei Genf auch ein recht teures Pläster. Jetzt veröffentlichten Pariser Blätter eine Erklärung, die sie von einer „höchstgestellten Persönlichkeit“ des Bölkerbundes erhalten haben wollen und in der davon die Rede ist, daß bereits seit Längem mit Wien über eine Ver-

legung des Bölkerbundes verhandelt werde. Deutscher Reichspräsident hat alle Erleichterungen zugesichert, Botschafter Dr. Seipel und die Öffentlichkeit seien zweifellos erheitert und im Bölkerbund seien mancherlei Änderungen erbracht und im Bölkerbund sind drei Drittel für eine Verlegung nach Wien, weil man den Bund dort in der Hofburg unterbringen könne und so der Notwendigkeit des Neubaus eines Bölkerbundes entbehrlich sei. Während die französische Presse bereits für den Herbst entscheidende Beratungen über den Umzug des Bundes erwartet, winkt London deutlich ab und läßt die

## Widerpruch Deutschlands, Englands, Japans und Italiens

an. Was Deutschland betrifft, sind die englischen Blätter durchaus richtig orientiert. In Deutschland nimmt man nämlich für einen Umzug nach Wien vorgebrachte Gründe nicht ernst, ist vielmehr fest davon überzeugt, daß es sich bei dem großen Umzugsprojekt um nichts anderes handelt, als um einen Anschlag gegen den Anstalt des Reichs-Deutscher Reichspräsident und ebenso wird man auch in Wien denken. Deutschland soll zu einem ewig neutralen Staat geformt werden, damit es sich nicht mit dem Mutterlande vereinigen kann. Unter diesen Umständen muß, wenn wirklich einmal ernsthaft über die Verlegung des Bölkerbundes von Genf nach Wien verhandelt werden sollte, Deutschland einem solchen Projekt jähersten Widerstand entgegensetzen.

## Stahlhelmkündigung in Berlin.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten. — 125 Sittierungen.

Der Landesverband Groß-Berlin des Stahlhelms hielt im Kriegervereinshaus in der Reichshauptstadt eine Generalversammlung ab, an der die Ehrenmitglieder des Verbandes und die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm von Preußen teilnahmen. Später trat auch der Führer und Gründer der Organisation, Seidte, ein. Den Abschluß der Kundgebung bildete ein Marsch durch den Norden und Osten der Reichshauptstadt. Im Aufgange erfolgte ein Vorbeimarsch vor den Führern. Die Kommunisten veranstalteten Gegenkundgebungen, so daß sie und da die Polizei eingreifen mußte. Insgesamt wurden 125 Sittierungen vorgenommen. Die Verhafteten waren durchweg Kommunisten; der größte Teil von ihnen wurde nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen; 19 Personen wurden wegen schwerer Delikte — Körperverletzung und Landfriedensbruch — in Haft behalten und dem Richter vorgeführt. Wie den Zeitungen mitgeteilt wird, sind beim Marsch und Abmarsch der Stahlhelmszüge einige kleinere Abteilungen von Kommunisten tätlich angegriffen worden!

## Das Saargebiet will zum Reich zurück!

Am Sonntag tagte in Saarbrücken ein Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie, der zum Schluß seiner Beratungen eine Entschließung annahm, in der die sofortige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reich als einzige Möglichkeit einer Behebung einer sich von Tag zu Tag verschärfenden Schwierigkeit im Saargebiet gefordert wird.

## Pariser Gilbert für 50 Milliarden?

Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Paris soll der Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen, Pariser Gilbert, die Erdsumme der Reparationen auf 50 Milliarden Goldmark veranschlagt haben.

## Politische Rundschau

Berlin den 7. Februar.  
— Die Besatzungsbehörde hat die Besatzungszone, die in Jostfäden des Bismarckdenkmals, nach Marokko und Algier fortgerückt.  
— Im Alter von 72 Jahren starb ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter Senator Dr. Weimann, der die Besatzungszone leitete.

80. Geburtstag der Kaiserin.  
Reichstagskanzler Dr. Merg hat der Kaiserin am Montag in Rom ihren 80. Geburtstag zuwünschen lassen. Der deutsche Botschafter in Rom hat die herzlichsten und verehrungsvollsten Glückwünsche des Reichstagskanzlers übermittelt.

## Rundschau im Ausland

Die Partier Vereinigung der Anhalter hat die Wiederaufnahme der Schiffsverkehrsanordnungen mit dem Ausland, die 1921 ein französisches Aufsehen erregte und zwei Anlässe getötet hatten, zum Ziele.

Zusammenstoß der Dyposition in München.  
Die rumänische Nationale Bauernpartei und Sozialdemokraten ein Abkommen zum gemeinsamen Handeln gegen die Regierung Brătianu vereinbart. Die Regierung der rumänischen Regierungsmehrheit, die die Zusammenstoß der Dyposition dürfte der rumänischen Regierung schärfere Formen annehmen.

## Schlusssdienst.

Aufhebung der Kapitalertragssteuer.  
Berlin, 7. Februar. Wie wir erfahren, wird über die Frage der Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte zwischen den Regierungsparteien statt. Man hofft, im Reichstag die Mehrheit für eine beschleunigte Durchsicht zu erlangen.

Ergebnisse des Reichstagswahlkampfes.  
Berlin, 7. Febr. Reichsaussenminister Stresemann hat einen vierwöchigen Erholungskurs angetreten. Als Reiseziel wurde Cannes am Mittelmeer vorgeschlagen. Stresemann wird dem Reichstag nach Genf fahren.

## Polizistenmörder Hein verhaftet

Festnahme zwischen Weingarten und Schloß Banz.

Auf dem Wege zwischen Weingarten und Banz am Rande des Banzener Waldes konnte der gesuchte Polizeimörder Hein, der am 1. Februar die Ermordung von 5000 Mark Reichsmark ausgeführt worden waren, jetzt endlich gefasst werden. Hein wurde durch einen Schupo beanannt, der ihn an der Straße anhielt und gefesselt. Der gefäßliche Angeklagte wehrte sich zunächst, der Aufforderung, den armen zu folgen, nachzukommen. Er verweigerte auf den Polizisten zu schießen. Hein wurde jedoch vorgehaltenem Gewehr von dem Polizisten gegen nach Weingarten zu gehen, wo dann in der Weingarten keine Verhaftung vorgenommen werden konnte.

Wie man noch hört, befand sich Hein ohne jegliche Beweismittel. Auch Papiere konnten bei ihm nicht gefunden werden. Was er bei sich trug, waren ein Revolver und Munition. Nach seinem Verhaftung im Auto nach Weingarten und dort nach Staffelfeld ins Amtsgerichtsgefängnis.

## Die Gselreiterin.

38) Roman von Harry Zehetl.

Deutscher Brovins-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

„Du wirst, du mußt es mir geben!“ schrie er beinahe heraus.

„Was — meine Börse, mein Leben — nimm beides.“

„Börse — Leben, mit solchen Kleinigkeiten gebe ich mich nicht ab. Dein Bild will ich haben.“

„Welches Bild?“ — Eine Ahnung stieg in Georg auf und seine Wangen verloren die Farbe.

„Das geheimnisvolle — hörst du, Freund Sebald — das geheimnisvolle Gemälde sollst du mir überlassen. Es befindet sich hier im Hause. Längst ist es fertig bis auf den letzten Pinselstrich. Der entsprechende Rahmen umgibt es. Und du selbst nimmst es beim Meisterwerk.“

„Nicht weiter, Vanugius, ich bitte dich, nicht weiter, dieses Bild.“

„Still! Der Häuberhauptmann hält dich an der Kehle und ein einziges Wort könnte seinen Horn zum Wahnsinn steigern.“

Der kluge Vanugius hielt geistlich die Mitte zwischen Ernst und Scherz. Er kannte Georg und wußte, daß ein wuchtiger Angriff ihn nicht erschüttern könnte. Aber vom Humor ließ er sich oft besiegen.

„Alles, was ich dir über dein Gemälde soeben gesagt habe“, fuhr der Hofrat fort, „weiß ich nur vom Hörensagen. Von dir selbst nämlich, Georg. Aber was muß dieses Bild und wie muß es sein, wenn du es beim Meisterwerk nennst, wenn du andere nicht für würdig hältst, es betrachten zu dürfen.“

Der Professor rang nach Luft, er wollte seine Antwort hervorstoßen, aber Vanugius' Redefrom schwemmte seine Entgegnung hinweg.

„Weißt du auch, mein Junge, daß du gar kein Recht hast, dein Werk in dieser Kammer einzuschließen, bildest du dir ein, daß Gott dir dein Geiste um deinetwillen gegeben hat? Die Menschheit sollst du mit ihm erfreuen, beglücken. Jedes gute Bild ist

ein Altar, vor dem man knien und beten soll. Die Tore eines Domes, einer Kirche, einer Kapelle sind jederzeit geöffnet. Herans mit deinem Bilde, hinter den Gittern sollst du das tun, nicht um dir Ehre oder Genuß zu erwerben, nein, und noch viel weniger, um den Mitleidens Trost zu bieten — dein Werk will es hinausgeworfen, es will zum Licht. Und bei unserer alten Fremdschiff, Georg, der Künstler, der sein eigenes Werk, aus welchem Grunde immer, unterdrücken will, ist ein Verräter an sich selbst oder — ein Tyrann!“

Der Meister stand mit geschlossenen Augen. Seine Augenlider zitterten, dann hoben sie sich langsam, und der kleine Hofrat erschrak bestig über den tieftraurigen Ausdruck dieser schönen Wamessaugen.

„Du weißt nicht, was du von mir forderst, um einer Lanne willen fähig wäre, das Bild, das er dir, ich hätte engberzig und mißgünstig, dem Geiz? Ich las es, Freund, weil ich mit diesem Bilde zugleich eine Erinnerung in meiner Brust verlagerte und fähigen Geist meines Lebens hätte werden können.“

Vanugius schwieg. Georg hatte ihn an eine Grenze geführt, welche zartflühende und teilnehmende Freundschaft nicht überschreiten darf. Das fühlte der Kleine.

Georg aber senkte langsam die Hände auf des Freundes ungleiche Schultern.

„Und doch“, rief er sich von seinen Lippen los, als wollten sie im letzten Augenblick den Ton noch halten und verbergen, „und doch — doch — ich gebe dir mein Bild!“

Der Hofrat zuckte zusammen. „Ich weiß nicht, ob ich es noch nehmen darf“, erwiderte er zögernd, „denn ich war kürzlich erkrankt, nicht zu ahnen, daß du gemaltes eigenes Bild in jenem Zimmer verbrannt.“

„Es soll emporetigen aus seiner Größe, weiß nicht, Vanugius, während du so zu mir blickst, blickte ich auch in mir plötzlich reichlich die auf.“

„Hast du ein Recht, das Bild, das ein emporetiger Aufsicht zu Gott, nach Eubne und geltung ist, zu unterdrücken. Und ich frage dich weiter: Kann es nicht zum Werkzeug der emporetigen Rechtfertigung werden?“

„Wie war es doch? Jahre lang, so wie ich — ich trug das Bild in meiner Seele, in meinem Herzen, in meiner erschütternden Erinnerung, täglich, stündlich, im Licht, in der Dunkelheit, im Schlaf. Und immer drängte mich die unsichtbare Gewalt und raunte mir zu: Gehe, Gehe, gib ihm Leben und Gestalt, komm, komm, schmerzvolle Erinnerung in ein Dokument, in ein Dokument, unvergänglichen Pinselstrichen der Kunst, verliere die Anflage — so mache wenigstens den Verlust, jene furchtbare Stunde, die dir deine geacht hat, zu sühnen. Denn vielleicht —“

„Ich verstehe nicht, lieber Georg, ich —“

„Du sollst verstehen — beglückte mich.“

„Dne den Freund anzublicken, schritt Georg bald der Tür des Ateliers zu, die in das Zimmer hinführte. Dann eine kleine Wendeltreppe hinauf, dort ein halbes Dutzend Stufen, das dort Hofrat folgte. Ihm war so bange um das Bild, er wünschte beinahe, dieses Bild in dem Bildes niemals Erwähnung getan zu haben.“

Aber es war zu spät. Georg stand schon vor der Tür. Zug schon einen kleinen Schlüssel hervor, öffnete — öffnete nur ein wenig und vorwärts.“

„Bergänge nur wenige Minuten allein“, schrie er, „ich rufe dich, ich muß dich sofort nehmen, meinem Bild, dem einzigen, das in Wahrheit mein eigenes geblieben ist.“

Er verschwand hinter der Tür.

Vanugius hörte den Freund würdig auf nieder gehen. Dann war es dem Hofrat, als wenn er ein unterbrochtes Schluchzen, dann — alles still.“

Georg Sebald öffnete die Tür. „Trill ein“ (Fortsetzung folgt)

brach wurde. Jedenfalls ist die Unschädlichmachung des Schwerverbrechens in erster Linie dem entschlossenen Verhalten des Unterwachtmeisters Rehner zu danken.

### Hein nach Koburg übergeführt. Vollständiger Zusammenbruch des Verbrechens. — Das erste Geständnis.

Unter starker Bewachung wurde der in Weinstetten der Staffelfein verhaftete Postkutscher und Gendarmenoberheizer nach Koburg abtransportiert, wo er sofort inhaftiert wird. Der Verbrecher ist vollständig zusammengebrochen und hat bereits in Staffelfein ein Geständnis abgelegt. Er hat alle ihm zur Last gelegten Verbrechen unumwunden eingestanden. Wie jetzt festgestellt ist, war Helm bei seiner Verhaftung noch außerordentlich stark bewaffnet. Er hatte eine Stechbüchse Dynamit

bei sich, das genügt hätte, das 2800 Einwohner zählende Staffelfein in die Luft zu sprengen! Ueber die Festnahme des Mörders werden noch weitere Einzelheiten bekannt. Danach versuchte Helm, als er dingfest gemacht wurde, erneut seinen alten Trick, indem er sich auf den Gendarmenwachmeister Rehner stützte und ihm in einem Handgemenge, in dem ihn der Wachmeister überwältigte. Auf einer in der Nähe aufgestellten Wachtulme lieferte Rehner den Mörder ab, von wo er sofort ins Bezirksamt Staffelfein eingeliefert wurde. Das Uebernachten im Freien und die Kälte hatten dem Verbrecher stark zugesetzt. Die ganze Bevölkerung der Umgebung hatte sich bei der Umstellung der Orte und der angeordneten Ueberwachung der Orte und der Flusübergänge beteiligt. Die Erregung war groß. Der Umgang in der Straße, in der sich das Bezirksamt befindet, war so stark, daß sie geräumt werden mußte.

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 7. Februar 1928.

**Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.** Am 4. Februar ds. Js. 20<sup>1/2</sup> Uhr (abends 1/9 Uhr) fand im Sitzungszimmer des Rathauses eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Unentschuldig fehlte der Stadtvorsteher, unentschuldig der stellv. Stadtvorsteher, Engerth. Stadtvorsteher Lappe eröffnet pünktlich die Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurde anstelle des ausgeschiedenen Stadtv. G. Klein der Stadtv. Heinrich Heinz durch Handschlag verpflichtet. Punkt 2: Neuwahl des Stadtv. Vorst. und seines Stellvertreters: Auf Antrag Sparschuh werden der Stadtv. Vorst. und sein Stellv. wieder einstimmig gewählt. Punkt 3: Wirtschaftsprüfung: Der Wirtschaftsprüfer hat diese vorliegende Steuerordnung in einigen Punkten geändert. Der Magistrat hat die Minderung zum Beschluß erhoben. Derselben Beschluß schloß sich die Stadtv. Vorst. ebenfalls einstimmig an. Punkt 4: Aufnahme des Siechenhausweges in den Landwegeverband: Stadtv. Appell gibt über diese Angelegenheit ersöhnliche Auskunft, woraus hervorgeht, daß der Siechenhausweg zunächst dem Landwegeverband angehöre. Herr Landrat Sarrazin habe es aber fertig gebracht, daß der Siechenhausweg von der Stadt übernommen wurde. Nunmehr soll versucht werden, daß dieser Weg wieder Aufnahme in den Landwegeverband findet. Der diesbezügliche Magistratsbeschluß wurde von der Stadtv. Vorst. einstimmig zugestimmt. Punkt 5: Errichtung einer Zweiganstalt der Kreispartkasse in Spangenberg. Der Magistrat sieht in der Niederlassung einer Zweiganstalt der Kreispartkasse in Spangenberg eine Verachtlichung der Stadt und bittet deshalb durch den Magistratsbeschluß den Vorsitzenden des Kreisprüfungsausschusses von einer weiteren Verfolgung einer Niederlassung der Kreispartkasse in Spangenberg abzusehen. Die Stadtv. haben sich diesem Beschluß einstimmig angeschlossen. Punkt 6. Mädchenberufsschule: Ueber diesen Punkt entspann sich eine lebhafteste Debatte. Magistrat Schier gibt zur Kenntnis, daß der Magistrat beschloß habe, daß der Kreisrat ersucht werden soll, durch Kreisbesetzung eine Mädchenberufsschule ins Leben zu rufen. Er hoffe, daß der lebhafteste Wunsch der Arbeiterschaft, eine Mädchenberufsschule zu besitzen nicht nur Strohhalm gewesen sei, sondern daß sie nunmehr sich dafür einsetzen möge, daß vom Kreis aus eine diesbezügliche Schule geschaffen würde. Der Stadtv. Vorst. gab bekannt, daß sich die Handwerkskammer, sowie die Handelskammer zu Kassel gegen Errichtung einer Mädchenberufsschule ausgesprochen habe. Stadtv. Appell gibt über die Meinung der Landwirtschaft nochmals dahingehend Ausdruck, daß die deutsche Wirtschaft so schwer darniederliege, und es doch darum biete, von Neuerungen abzusehen, was es unmöglich sei, die Gelder hierfür aufzubringen. Er müsse dem Magistrat hier einen Vorwurf machen, daß er zu vorzeitig in dieser Sache gehandelt habe, er ersuche den Magistrat, sich mehr Zurückhaltung aufzulegen. Stadtv. Ferner bemerkt, die schon früher bestehende Wanderschule wieder ins Leben zu rufen. Hierauf erregt Magistrat Schier die schon das Wort indem er ausführt, daß er nicht verstehen könne, daß Appell solche Sprache führe, die Mädchenberufsschule sei seiner Ansicht nach hoch nötig, da die niedrigeren Kreise keine andere Gelegenheit hätten, sich weiter auszubilden, wie in der Mädchenberufsschule. Stadtv. Appell habe sich sicher zum Appell gemacht: Rücktritt immer, Fortschritt nimmer! Appell wehrt sich gegen den Vorwurf Schiers und betont, daß er immer nur Förderer der Bildungstätigkeiten gewesen sei, die Wirtschaft aber könne solche Auslagen nicht vertragen; er beantrage deshalb Vertagung dieses Punktes bis auf Weiteres. Magistrat Schier beantwortet den Magistratsbeschluß und führt noch aus, daß Kassel um seine Mädchenberufsschule

beneidet würde. Die Mädchenberufsschule sei ein großes Ziel und das letzte Wort in dieser Frage sei noch nicht gesprochen. Die nunmehr vorgenommene Abstimmung über den Antrag Appell ergibt eine Ablehnung mit 2 gegen 5 Stimmen bei 4 Stimmentenhaltungen. Punkt 7. Eingemeindung des größten Teils des forstwirtschaftlichen Gutsbezirks Spangenberg: Dem Magistratsbeschluß hierüber wird einstimmig zugestimmt. Punkt 8. Festlegung der Bedingungen für die Verpachtung der Reichsforstwirtschaft: Da die Sparsparrenräume jedenfalls verpachtet werden und Zentralheizung innerhalb des Rathauses eingerichtet werden soll, müßten in den alten Pachtbedingungen Änderungen formeller Art vorgenommen werden. Welche Änderung ausgearbeitet werden, steht noch nicht fest. Zu den Kosten der Zentralheizung soll der Pächter, wenn dieselbe im ersten Jahre seiner Pachtzeit eingerichtet, 10% beisteuern, wenn dieselbe im zweiten Jahre gebaut wird 8%, im dritten Jahre 6%, im vierten 4%, im fünften Jahre 2%. Dieser Magistratsbeschluß findet einstimmige Annahme der Stadtv. Punkt 9. Förderung der Industrie: Dieser Punkt wird einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt. Punkt 10. Bereitstellung von Mitteln für den Gewerwerb zum neuen Landwegesamt Spangenberg-Landbesitz: Der Magistrat wird ersucht, da schon einzelne Anlieger ihre Gärten erhalten haben, Mittel flüssig zu machen, um auch die anderen vorläufig mit 2/3 der geschätzten Beträge zu befriedigen. Gegen diesen Beschluß stimmt der Stadtv. Schmidt, auch Stadtv. Ferner stimmt dagegen als Protest, weil dieser Weg eine Schlanglinie sei. Punkt 11. Darlehen des Kleinhäuservereins: Weil der Vorliegende des Gemeinnützigen Kleinhäuservereins, „Eigene Scholle“ nicht anwesend sein konnte, wurde auf Antrag Sparschuh der Punkt einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt. Punkt 12. Sandgrubenfrage: Diese Angelegenheit ist auf Grund von Vorberichtigungen so geregelt worden, daß die Firma Spangenberg Holzindustrie ihr Waldgrundstück in der Wehrde an die Stadt als Pacht abtritt und die Pacht um 1 Jahr verlängert wird. Sollte Wertzuwachssteuer erhoben werden, so tragen Stadt und Pächterin je die Hälfte dieser Steuer. Diese Vorberichtigung wurde zum einstimmigen Beschluß erhoben. Punkt 13. Vespierung sonstiger Angelegenheiten: a) Bürgermarkt. Schier gibt den Magistratsbeschluß bekannt, wonach in der Privatschulfrage wegen Teilnahme des Gymnasiums. Schier an den Sitzungen des Privatschulvereins beschlossen ist, daß anstelle des Bürgermeisters Schier, „Der Bürgermeister“ an den Sitzungen teilzunehmen habe; b) Bürgermeister Schier gibt der Stadtv. Vorst. davon Kenntnis, daß nach einem früheren Beschluß die Stadtv.-Versammlung beschlußfähig ist, wenn 1 Mitglied mehr als die Hälfte in der Sitzung anwesend ist; c) Weiter beantwortet der Bürgermeister eine Anfrage des Stadtv. Vorst. über die Finanzlage der Stadt. Es geht daraus hervor, daß die Verwaltung nur mit den zur Verfügung stehenden Mitteln im Rahmen des Etats gearbeitet hat und daß das Rechnungsjahr gut abschneiden würde; d) Der Bürgermeister berichtet noch über die fälligen Bullen und gibt bekannt, daß der Magistrat beschloß habe zu versuchen, etwa 20 Kühe aus der Stadt dem Kreisgutsbesitzer in Ebersdorf zuzuführen. Man hofft hierdurch zu erreichen, daß die Stadt dann nur noch einen Bullen zu halten hat. Die Stadtv. stimmen dem Magistratsbeschluß zu. Nach Erledigung einiger kleineren Fragen wurde die öffentliche Stadtv.-Sitzung gegen 3/12 Uhr geschlossen. Es schloß sich eine geheime Sitzung an.

**Ein Riesenohrenschwein** schlachtete gestern Herr Gutsbesitzer Salzmann in der Reichmühle. Dieses Urvieh wog ausgeschlachtet 564 Pfund.

**Jugendhölzer.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde der Schokoladen-Automat der Firma Mohr von bösen Buben in die Bahndammstraße verschleppt. Nachdem es dem Besitzer gelungen war, denselben mit großer Mühe wieder an seinen Platz zu befördern wurde er einige Stunden später an den Ausgang der Jägerstraße geschafft. — Einen besseren Spaß erlaubten sich einige Spaßvögel, indem sie in der Sonntagsnacht zwei leere Bierfässer auf den Haus-Schornstein des Bierverlegers Giesler aus Anlaß der dort stattfindenden Hochzeit beförderten. Derselben wurden in den gestrigen Nachmittagsstunden wieder entfernt.

**Handball.** Der 5. Februar ds. Js. sah die 2. Mannschaft des Turnvereins „Froher Mut“ gegen die 1. Mannschaft des Turnvereins Rotenburg in Rotenburg. Letztere wollte ihre 1. Zt. in Spangenberg gehäbe 4:0 Niederlage nicht ungesüßt lassen. Das bewies das eifrige Spiel der Platinghaber, die gleich nach der 1. Minute nach Spielbeginn einen 16:50-Ball zum ersten Tor verwandeln konnten. Die Rotenburger, welche sich gegen ihr letztes Treffen in Spangenberg bedeutend verbessert haben, blieben auch weiter in Führung. Mit 2:0 geht es in die Halbzeit. Nun ändert sich das Bild, die Spangenberg-Mannschaft findet sich endlich. Durch gutes Kombinationspiel der Stürmerreihe werden kurz hintereinander 2 Tore für die Spangenberg-Farben erzielt, welche das Unentschieden des Kampfes herbeiführen.

**Reichsbanner.** Am Sonnabend den 11. Febr. abends 1/9 Uhr veranstaltete die Ortsgruppe Spangenberg des Reichsbanners im Feinschen Saale einen diesjährigen Unterhaltungsabend. Die Herren Dr. Högermann Kassel und Dr. Garbemann Neumünster sind als Redner für diesen Abend gewonnen. Wie wir hören wird auch Herr Landrat Dr. Schuster an der Feier teilnehmen. Turnersche Vorführungen sollen den Abend verschönen. Ebenfalls wird eine Verlosung stattfinden. Anschließend findet ein Tanz statt, sodas auch die Jugend zu ihrem Recht kommt. Es ist zu hoffen, daß alle Teilnehmer wie im vorigen Jahre mit einigen vergnügten Stunden rechnen können.

**„Wilhelm Tell“ im Kasseler Staatstheater.** Die Intendantur des Staatstheaters Kassel teilt mit, daß

für den 10., 14., 17. und 19. März ds. Jahres für auswärtige Schulen und sonstige Personen „Wilhelm Tell“ vorgelesen ist. Anfang 15 Uhr; Ende gegen 17 Uhr. Preise: 1,30, 1,10, 0,90 und 0,70 K.-M. Garderobegeld 0,15 bezw. 0,10 K.-M. Die Intendantur behält sich die entsprechende Verteilung der Karten und die Zuteilung der Vorstellungen vor. Um Mitteilung, ob Karten zu den Vorstellungen gemünscht werden, wird bis zum 10. 2. 1928 an die Stadttheaterkasse hierseits gebeten. Dabei wird auch auf die Fahrpreiserhöhung hingewiesen, die die Reichsbahn bei Gesellschaftsfahrten gewährt.

**Schutz den Weidenlächern.** Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß schon jetzt Weidenlächer in den Wäldungen usw. abgeflakt werden. Nach der Polizeiverordnung vom 10. Mai 1924 (Amtsblatt S. 126) ist das Abflakeln usw. der Weidenlächer unter Strafe gestellt. Angelegen hiervon bedeutet eine derartige Handlungsweise wesentliche Schädigung der Wiesenvegetation. Es kann daher nicht dringend genug auf das Verbotliche solchen Tuns hingewiesen werden. Die Polizeibehörden haben Anweisung, Zuwiderhandelnde unnaahsächlich zur Anzeige zu bringen.

**Die Wetterlage.** Nach dem Frankfurter Wetterbericht am Dienstag ist mit geringer Bewölkungsabnahme als Folge ansehnlichen Luftdruckes zu rechnen. Dabei besteht die Gefahr leichten Nachfrosts. Sehr wahrscheinlich wird aber bald ein neuer Tiefdruckausläufer von Westen heranziehen, sodas wir wieder Verschlechterung der Witterung erhalten.

**Kassel.** Am Sonntag morgen kurz nach 9 Uhr, bat in der Klönischengasse eine weibliche Person einen Herrn um Schutz, weil sie angeblich geschlagen worden sei. Beim Weitergehen brach sie in der Spohrstraße zusammen und wurde nach der Feuerwache in der Mauerstraße gebracht, wo der Arzt die Ueberführung in das Landkrankenhaus anordnete, weil Lebensgefahr bestand. Die Frau konnte vorläufig noch nicht vernommen werden, doch wurde im Krankenhaus festgestellt, daß sie stark betrunken und eine blutende Verletzung am Kopfe hatte. Der Mann, der angeblich als Täter in Frage kam, hatte sich zum Besuch der Kranken nach dem Krankenhaus begeben. Da er jegliche Angaben über seine Personallisten verweigerte, sollte er zu deren Feststellung der Kriminalpolizei zugeführt werden. Bei dem Ausgange am Krankenhaus ergriff er jedoch die Flucht und da er auf Anruf nicht stehen blieb, gab der Beamte zwei Schüsse ab, wovon einer den flüchtigen in die Ferse traf. Zu diesem Polizeibericht wird uns noch ergänzend mitgeteilt, daß der vermutete Täter sowohl als die Frau, die auf leichfertige Weise ihren Unterhalt erwirbt, der Kriminalpolizei wohlbekannt sind und daß zweifellos die Mithandlung erfolge, als die Frau ihrem „Freund“ kein Geld geben wollte. Ihren Besitz an grobem Geld hatte sie in einem Schuh verborgen, aber .. ob es sich wirklich darum handelt, kann und darf nicht gesagt werden. Es kommt darauf an, ob die bis heute noch vernehmungsunfähige Elise K. irgendwelche Aeußerungen gemacht wird. Ähnliche Vorfälle dieser Art gingen stets wie das Nürnberger Schießen aus. Beide Beteiligten oermehrten die Aussage und was menschlich klar, war kein „Beweis“. Es kann auch hier angenommen werden, daß auch in diesem Falle nichts bei der Sache herauskommt und sich beide, nachdem der „Freund“ eine fällige Strafe wegen Körperverletzung verbüßt hat, wieder einig werden. Die „Liebe“ hört eben nimmer auf.

In der Nacht zum Sonntag wurde ein Feldhüter in der Heingshäuser Allee von vier jungen Burschen überfallen die ihm die Geldbörse mit 15 Mark Inhalt und den Spazierstock raubten. Dann verschwanden sie.

**Haun-Münden.** Ein Schwindler hat hier eine Reihe von Arbeitslosen und Geschäftleuten hineingelegt, indem er Vohrverläufe beim „Regen Keller“ vorkab, wo bekanntlich vor Jahren manches schöne Stück Mündener Geld in vermeintliche Kalfunde verhorbt wurde, ohne daß man fündig wurde. Der „Bohrmeister Kauhold“ ließ sich vom Arbeitsnachweis Feizer, Zimmerleute und Arbeiter (15 Mann) zuweisen, legte Wert auf Angehörige der R.D., nahm Dohrlehn auf, quartierte sich in ein Gasthaus ein und mietete Zimmer, bis er lang- und klanglos wieder verschwand und manchen um eine Erfahrung reicher gemacht hatte.

**Sichelstein.** Der von der Oberförsterei Cattenbühl kürzlich angelegte Holzverkauf in der Gastwirtschaft Schade, Sichelstein, war so schwach besucht, daß die Anwesenden ihren Bedarf für die Taxe decken konnten. — Hingegen wurden am 1. Februar auf dem Verkauf der Oberförsterei Eberode in Uchlag, Gasthof Starke, für Buchenbrennholz Preise geboten, die sich zwischen 8 und 9 Mark pr. Mtr. bewegten.

## Aus Stadt und Land.

**Der Schillerordensprei Kranz,** der am Donnerstag in Berlin seinen Anfang nimmt, wird sich aller Voraussicht nach in der Hauptkategorie in voller Öffentlichkeit abspielen. Da die öffentliche Tragweite bereits in den weitesten Kreisen Erdkreuzung gefunden hat, bestehen gegen eine öffentliche Verhandlung keine Bedenken. Der ursprüngliche Plan des Vorsitzenden, Landesgerichtsdirektors Düst, die Verhandlung in zwei Tagen durchzuführen, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Als weitere Verhandlungstage sind daher Sonnabend, der 11., und Dienstag, der 14. Februar, in Aussicht genommen. Die längere Dauer der Verhandlung erklärt sich daraus, daß Erster Staatsanwalt Steinbeck zunächst nur die Ladung von neun Zeugen und drei Sachverständigen beantragt hatte, der Leibarzt Dr. Frey jetzt aber weitere Sachverständige und Zeugen geladen hat. Die schriftliche Meißerprüfung am Städtischen Gymnasium, die am Tage des Prozeßbeginns stattfinden sollte, ist im Einverständnis mit dem Provinzialschuldkollegium vorberleat worden

